

In der Stadt in der wir leben wollen...

- ... werden Menschen nicht behindert – egal ob sie eine körperliche Behinderung oder eine so genannte intellektuelle Beeinträchtigung haben.**
- ... erhalten Menschen mit Behinderungen kostenlos die Unterstützung, die sie brauchen um ein selbstbestimmtes Leben zu führen.**
- ... haben Menschen mit Behinderungen barrierefreien Zugang zu allen Gebäuden, Dienstleistungen, Bildung, Arbeit, Wohnen, Mobilität, Kommunikation und Informationstechnologien.**
- ... werden Menschen mit Behinderungen für ihre Arbeitsleistung adäquat entlohnt.**

Segregation in Schule, Beruf, Wohnen und Alltag bestimmen die Lebensrealität von Menschen mit Behinderungen. Nach wie vor werden sie in Sondereinrichtungen verwahrt – auch wenn einige davon mittlerweile freundlicher wirken als noch vor wenigen Jahrzehnten. Zu Abhängigkeit und Fremdbestimmung kommen vielfältige Formen der Gewalt (strukturelle, institutionelle, physische und sexualisierte Gewalt), denen Menschen mit Behinderungen in unserer Stadt ausgesetzt sind.

Die Betreuungssituation ist schlecht. Es gibt zu wenige Wohnplätze und kaum Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen. Das Betreuungspersonal ist unterbezahlt, überlastet und steht unter Zeitdruck. Unter diesen Bedingungen ist die Gefahr sehr hoch, dass dieses Macht- und Abhängigkeitsverhältnis ausgenutzt (Gewalt und Pflegeskandale) wird.

Am ersten Arbeitsmarkt sind Menschen mit Behinderungen unterbezahlt; in so genannten Werkstätten arbeiten sie unbezahlt, für ein tatsächlich so genanntes „Taschengeld“. Ihre Arbeitskraft wird also mit dem Argument der Leistungsminderung abgewertet und schlechter bis gar nicht bezahlt. Persönliche Assistenz ist meist unleistbar und/oder durch Ausbeutung der DienstleisterInnen gekennzeichnet (prekäre StudentInnenjobs, oft ohne nötige Ausbildung). Zunehmende Verschlechterungen beim Pflegegeld verschärfen die finanziell knappe Situation von Menschen mit Behinderungen zusätzlich.

Die KPÖ Wien fordert Barrierefreiheit und Inklusion auf allen Ebenen. Ein selbstbestimmtes Leben für alle muss möglich und leistbar sein.

In einer solidarischen Gesellschaft müssen Menschen mit Behinderungen selbstverständlich an allen Gütern teilhaben und an allen Prozessen partizipieren können. Behinderung darf nicht länger als das personifizierte Andere gedacht und behandelt werden. Dies schließt das Recht auf sozialrechtliche Absicherung, Lohnarbeit und Elternschaft mit ein.

Wir verstehen unter Inklusion einen Ansatz, der auf der Basis von Bürgerrechten argumentiert, sich gegen jede gesellschaftliche Marginalisierung wendet und somit allen Menschen das gleiche volle Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe ungeachtet ihrer persönlichen Unterstützungsbedürfnisse garantiert. Es geht darum den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten gerecht zu werden. Damit wird jeder Mensch als selbstverständliches Mitglied der Gesellschaft anerkannt.

Gleichzeitig dürfen die Arbeitsbedingungen der BetreuerInnen nicht aus den Augen verloren werden. Mehr Geld für Pflege und Betreuung ist unbedingt notwendig. Damit Druck von den Personen genommen werden kann - durch mehr Stellen, kürzere Arbeitszeiten, bessere Bezahlung, Aus- und Weiterbildung während der Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen.

Insbesondere zur Herstellung der Barrierefreiheit fordert die KPÖ Wien daher:

Die Förderung von Hilfsmitteln (Hunde; Hardware und Software, ...)

Weg mit Selbsthalten im Gesundheitswesen

Komplette Umstellung des öffentlichen Verkehrs auf Niederflur-Garnituren.

Gebärdensprache auf allen Ämtern und in allen Schulen.

Bauverordnungen, die Barrierefreiheit vorschreiben.

Leitsysteme im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden.